

Die Tabaksteuer.

N. Berlin, 11. Mai. (Priv.-Tel.) Der Steueraus-
schuß des Reichstags führte heute die Einzelberatung der
Tabaksteuer-Vorlage in erster Lesung zu Ende.
Ein sozialdemokratischer Antrag fordert für die
infolge des Gesetzes arbeitslos werdenden Arbeiter Unter-
stützungen bis zu einem Zeitraum von zwei Jahren und in
der Höhe von Dreiviertel des entgangenen Arbeitsverdienstes.

Die Debatte beschäftigte sich zunächst mit der durch einen
Antrag angeregten Kontingentierung. Das Zen-
trum erklärte seine Sympathie für diesen Antrag, wenn es
auch noch nicht für ihn stimmen wolle; die Konser-
vativen äußerten Bedenken wegen der Vorlage bei Einführung
des Monopols.

Auf eine fortschrittliche Anfrage gibt der Reichs-
schatzsekretär nochmals vertrauliche Erklärungen über das
Verhältnis zur österreichischen Tabakregie ab. Er
wünscht Aufnahme der Bestimmung, die dem Bundesrat das
Recht geben soll, von der Höherbesteuerung neuer Betriebe
Ausnahmen zu machen. Die Kontingentierung sei jetzt noch
nicht reif. Eine Spekulation für das Monopol müsse un-
möglich gemacht werden. Es sei gut, jetzt schon auszuspre-
chen, daß Betriebe, die erst jetzt eingerichtet werden, bei einem
künftigen Monopol Entschädigung nicht zu erwarten haben.
Ein fortschrittlicher bayerischer Abgeordneter
weist darauf hin, daß die deutsche Industrie in Oesterreich
viel stärker vertreten sei, als die österreichische in Deutsch-
land.

Nunmehr wird Artikel III, Ziffer 1 der Regierungsvorlage
angenommen. Er enthält die Festsetzung der

Kriegsaufschläge für Zigaretten,

und zwar bei einem Stückpreis bis 1½ Pfennig 3 Mark für
tausend Stück, darüber bis 2¼ Pfennig 5 Mark, darüber bis
3¼ Pfennig 7 Mark, darüber bis 5 Pfennig 12 Mark, darüber
bis 7 Pfennig 18 Mark und über 7 Pfennig 25 Mark. An-
genommen wird darauf Ziffer 2, wonach die Kriegsaufschläge
für Zigarettentabak betragen sollen bei einem Kilo-
grammpreis von 5 bis 10 Mark 3 Mark, von 10 bis 20 Mark
5 Mark, von 20 bis 30 Mark 10 Mark und bei über 30 Mark
12 Mark für das Kilogramm.

Auf Antrag Müller-Fulda (Ztr.) wird der Bundesrat
ermächtigt die Preisgrenze beim Zigaretten-
tabak bis auf 5 Mark zu erniedrigen, ebenso beim Ziga-
rettenpapier, wo mit Ausnahme zur gewerblichen Ver-
arbeitung 6 Mark Kriegsaufschlag für 1000 Zigarettenhüllen
laut Kommissionsbeschluss erhoben werden sollen, nachdem ein
Antrag, 2 Mark zu erheben, abgelehnt worden war. An-
genommen wurde auch ein Zentrumsantrag, wonach der Bun-
desrat beim Zigarettentabak Ausnahmen zulassen kann,
sowie ein Zentrumsantrag, wonach der Kriegsaufschlag auf
Antrag 8 Monate ohne Sicherheit zu stunden ist. Mit
diesen Änderungen wird der ganze Artikel III, der die
Zigarettenmehrbesteuerung betrifft, angenommen.

Darauf trat der Reichsschatzsekretär sehr ent-
schieden für Aufrechterhaltung auch des übrigen Gesetzes ein, da
man nicht die Zigarettenindustrie allein treffen dürfe. Auch
ein sächsischer Regierungsvertreter sprach sich
nachdrücklich gegen den Antrag Müller-Fulda (Zentr.) aus, der
den ganzen Artikel I (Besteuerung der Zigarren und des Ta-
baks) streichen will. Von dem 1086 Mill. Mark betragenden
Verbrauch kommen auf die Zigaretten 334 Mill., und sie brin-
gen 174 Mill. Steuern, die übrigen Tabakerzeugnisse bringen
aber nur 115 Mill. Wird die Zigarette noch schwerer und
noch einseitiger belastet, so muß das zu den härtesten Kämp-
fen, wenn nicht zur Erdrosselung führen.

Die Konservativen erklären sich gegen den Antrag
Müller-Fulda und für einen größeren Schutz des einheimi-
schen Tabaks.

Die fortschrittliche Volkspartei kündigte an,
in der ersten Lesung für den Antrag Müller-Fulda zu stim-
men; ihr Verhalten in der zweiten Lesung hänge von der
ganzen Haltung der Steuer-Vorlage ab. Es sei gewiß, daß die
Zigarettenindustrie die höhere Besteuerung besser ertragen
könne als etwa die Zigarrenindustrie.

Ein Sozialdemokrat meinte, das Zigaretten-gewerbe
würde auch dann getroffen, wenn die Zigarren mit erdroffelt
würden.

Das Zentrum selbst wünschte die Annahme seines An-
trages in der ersten Lesung im Interesse eines allgemeinen
Verständnisses, behielt sich aber die endgültige Abstimmung
vor. In ähnlichem Sinne sprach ein Nationallibe-
raler, worauf